



Frauen demonstrieren in Bern am 7. März 2015 gegen Lohndiskriminierung. Foto: Peter Schneider (Keystone)

# Lohngleichheit rückt näher – und niemand feiert

**300 Firmen** Die grossen Unternehmen müssen überprüfen, ob sie Frauen fair bezahlen. Trotz überraschend positiven Ergebnissen bleiben Expertinnen skeptisch.

**Angela Barandun**

Es ist eigentlich eine gute Nachricht: Über 300 grosse Schweizer Unternehmen bezahlen ihren Mitarbeiterinnen faire Löhne – und können das belegen. Dazu liessen sie sich von zwei spezialisierten Beratungsunternehmen durchleuchten, und zwar nach einer Systematik, die der Bund zur Verfügung stellt. Die Befunde sind solide – die Firmen müssen ihre Lohnbuchhaltung offenlegen.

Die von der «NZZ am Sonntag» publizierten Zahlen sind die ersten Ergebnisse einer Gesetzesänderung von 2020, die zu mehr Gleichstellung am Arbeitsplatz führen soll. Sie schreibt Unternehmen vor, ihre Lohnstrukturen auf Diskriminierung zu untersuchen. Das neue Gesetz ist relativ weich formuliert; es erfasst nur Firmen mit über 100 Mitarbeitenden und sieht keine Sanktionen vor.

**1 von 20 Firmen fällt durch**

Eine erste Frist für die Lohnvergleichsanalysen ist Ende Juni abgelaufen, die ersten Resultate positiv. Comp-on, ein Unternehmen aus dem Aargau, und ein Institut der Universität St. Gallen haben unabhängig voneinander die Löhne von insgesamt rund 270'000 Angestellten analysiert. Beide bieten ein Zertifikat an, das ihren Kunden das faire Lohnmodell bestätigt. Beide berichten, die Firmen hätten überraschend gute Ergebnisse erzielt. Nur bei einem sehr kleinen Teil der Unternehmen – bei 1 von 20 – seien die Unterschiede zwischen den Löhnen von Frauen und Männern so gross, dass man sie mit objektiven Kriterien nicht erklären könne.

Hat das neue Gesetz also schon gewirkt? Ist die Lohndiskriminierung verschwunden?

«Das Ergebnis ist besser, als wir erwartet haben», sagt Comp-on-Mitgründer Marc Pieren. «Aber es ist sicher nicht perfekt.» Ein Drittel der analysierten Firmen habe die Kriterien nur sehr knapp eingehalten. «Dort gibt es sehr wohl Verbesserungsbedarf.» Ausserdem seien die Ergebnisse möglicherweise nicht repräsentativ.

**«Solange man keine Lohnanalyse durchführt, fallen die unbewussten Verzerrungen gar nicht auf.»**

**Marianne Schaer Moser**  
Gleichstellungsberaterin

tativ: «Es ist denkbar, dass Unternehmen, die sich zertifizieren lassen möchten, sich bereits für das Thema Lohnvergleich engagieren.» Seine Auswertung deckt etwa 200 Firmen ab – bei rund 5000 Unternehmen, die vom Gesetz erfasst werden.

Trotz aller Relativierung sagt Pieren auch: «Wir sind überrascht, wie viel diese extrem weichen neuen Vorschriften gebracht haben: Erst dadurch ist ein Bewusstsein für die Thematik entstanden.» Als er vor ein paar Jahren die Banken für das Thema Lohnvergleich sensibilisieren wollte, sei er auf wenig Interesse gestossen. «Heute sind sie die bei uns am stärksten vertretene Branche», so Pieren.

Rund 40 der 200 zertifizierten Betriebe stammen aus dem Finanzsektor.

Es war auch eine Bank, die als erstes Unternehmen Schlagzeilen damit machte, dass es Frauenlöhne korrigiert: Die UBS hob nach einer Lohnvergleichsanalyse letzten Mai bestimmte Saläre an. Die Grossbank ist allerdings nicht Kundin von Comp-on, sondern der Stiftung Equal-Salary. Und dort sieht man Marc Pierens Auswertungen eher kritisch. Zwar spüre auch die Stiftung einen Effekt des Gesetzes: Es treibe die Unternehmen an zu handeln und lenke die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Problem der Lohndifferenz. Gleichzeitig warnt Co-Chefin Noémi Storbeck vor voreiligen Schlüssen, die sich «negativ auf die Sache der Lohnvergleich auswirken könnten».

Ähnlich tönt es aus der Politik. «Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn sich 95 Prozent der Schweizer Wirtschaft vorbildlich verhalten würden», sagt Kathrin Bertschy, Nationalrätin der Grünliberalen und Co-Präsidentin des Frauendachverbandes Alliance F. Sie fürchte aber, das betreffe nur die Musterschüler. Die Auswertung könnte sogar kontraproduktiv sein: «Falls das dazu führt, dass weniger Firmen die Lohnanalysen machen, hätte es der Sache einen Bärendienst erwiesen.»

Wieso sollen gute Nachrichten der Sache schaden?

Die Lohnvergleichsexpertinnen fürchten sich davor, es könnte der Eindruck entstehen, es gebe gar kein Problem mit Lohn-diskriminierung – oder das Problem sei gelöst. Der Druck, Lohnanalysen durchzuführen, wäre weg. «Kein Unternehmen diskri-

minierte seine Mitarbeiterinnen absichtlich. Meist ist das die Folge von gewachsenen Strukturen», sagt Marianne Schaer Moser, die Beratung im Bereich Gleichstellung anbietet. «Solange man keine Lohnanalyse durchführt, fallen die unbewussten Verzerrungen gar nicht auf.» Entscheidend ist das vor allem bei jenen Firmen, die weniger als 100 Mitarbeitende haben und vom Gesetz nicht erfasst werden. Gemäss einer Analyse des Bundesamts für Statistik ist das Problem dort tendenziell grösser.

**Nicht repräsentativ**

Auch Lucia Lanfranconi kritisiert, die Auswertung zeichne ein klar zu rosiges Bild der Realität, weil die Auswahl der Firmen nicht repräsentativ sei. Die Professorin an der Hochschule Luzern sagt, dass die Gleichstellung selbst dann noch lange nicht erreicht sei, wenn es keine Lohn-diskriminierung mehr gebe. «Ebenso entscheidend ist die Chancengleichheit. Frauen müssen auch in Kaderpositionen vertreten sein, wenn man das Problem der Lohnungleichheit tatsächlich angehen will.»

Und da kommt wieder Marc Pieren ins Spiel. Er arbeitet gerade an einer detaillierten Auswertung seiner 200 Lohnanalysen. Darin wird etwa die schwache Vertretung der Frauen in Kaderpositionen thematisiert. Unter anderem mit Blick auf die riesigen Unterschiede bei der Teilzeitbeschäftigung – und wie sich das auf die Karrierechancen von Frauen auswirkt.

Das dürfte dann vielleicht auch die Lohnvergleichsexpertinnen interessieren. So detaillierte Zahlen auf Unternehmensebene sind nämlich eine Rarität.

## Polizeikommandant soll Bundesanwalt werden

**Lauber-Nachfolge** Die Gerichtskommission empfiehlt Stefan Blättler zur Wahl.

Der Entscheid sei ohne Gegenstimme gefallen, teilte die Gerichtskommission gestern Abend mit. Sie sei zum Schluss gelangt, dass Stefan Blättler alle Qualitäten aufweise, die es für dieses Amt brauche. Blättler verfüge über langjährige Erfahrung in der Strafverfolgung und umfassende Führungskompetenzen. Zudem bringe er die erforderlichen persönlichen Fähigkeiten für die Leitung der Bundesanwaltschaft mit.

Die Stelle ist seit dem Rücktritt von Michael Lauber im August 2020 vakant. Lauber hatte nach Kritik an seiner Amtsführung und Ungereimtheiten im Zusammenhang mit den Ermittlungen rund um den Weltfussballverband seine Kündigung eingereicht.

Die Suche nach einem Nachfolger oder einer Nachfolgerin gestaltete sich schwierig: Die Gerichtskommission musste drei Ausschreibungen durchführen, bis sie einen überzeugenden Kandidaten fand. An Pannen mangelte es nicht. So wurde etwa bekannt, dass sich der frühere Kommandant der Zürcher Kantonspolizei beworben hatte.

**Konsequent, aber kein «Eisenfresser»**

Nun soll der Berner Polizeikommandant die Stelle übernehmen. Stefan Blättler ist promovierter Jurist und steht seit 2006 der Berner Kantonspolizei vor. Von 2014 bis 2020 war er Präsident der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten. Im Frühling hat der 62-jährige seinen Rücktritt per Ende Jahr eingereicht, um ab 2022 die Leitung des Schweizerischen Polizei-Instituts in Neuenburg zu übernehmen.

Blättler habe die Kantonspolizei während fast 15 Jahren «sehr erfolgreich» geführt und den Weg zur modernen Einheitspolizei im Kanton Bern umsichtig gefördert, sagte damals der zuständige Regierungsrat Philippe

Müller (FDP). Er sei ein Glücksfall für die Berner Polizei gewesen: konsequent, aber kein «Eisenfresser».

Berner Politikerinnen und Politiker beschrieben Blättler bei seinem Rücktritt als Kommandanten, der sich nicht ins Rampenlicht gestellt habe. Oft sei es ihm gelungen, Ruhe in Diskussionen zu bringen. Andere warfen ihm vor, er habe Kritik an der Polizeiarbeit stets zurückgewiesen und sich auch gegen Untersuchungen gestellt.

In einem Interview zum Vorgehen der Polizei im Zusammenhang mit den Corona-Regeln



Der Berner Polizeikommandant Stefan Blättler. Foto Keystone

sagte Blättler: «Wir sind dafür verantwortlich, die Vorgaben durchzusetzen. Das mag Kritik auslösen, doch damit müssen wir leben.»

Blättler übernahm den Posten des Polizeikommandanten 2006. Zuvor hatte er bereits 17 Jahre bei der Kantonspolizei Bern gearbeitet. Ob er der neue Bundesanwalt wird, entscheidet das Parlament am 29. September. Die Gerichtskommission prüfte rund ein Dutzend Bewerbungen.

Dass Blättler im Fall seiner Wahl schon bald in den Ruhestand treten würde, zeichnet sich nicht ab: Das Parlament will die Altersgrenze für Bundesanwältinnen und Bundesanwälte ab 2022 erhöhen. Nach geltendem Recht müssen diese mit 64 beziehungsweise 65 Jahren in Pension gehen, neu soll das Pensionsalter bei 68 Jahren liegen.

**Charlotte Waiser**

## Bundesrat gegen staatliche Imam-Ausbildung

**Religion** Der Bundesrat spricht sich gegen eine staatliche Imam-Ausbildung aus. Diese sei nicht geeignet, religiöse Radikalisierung zu verhindern, und verstosse zudem gegen die religiöse Neutralität des Staates, teilte er in einem gestern veröffentlichten Bericht mit. Die in der Bundesverfassung festgeschriebene religiöse Neutralität verbiete dem Staat, spezifisch auf eine Religion ausgerichtete Massnahmen zu ergreifen oder innerhalb einer Religionsgemeinschaft Ausbildungsvoraussetzungen festzulegen.

Der Bundesrat will jedoch vermehrt religiöse Betreuungspersonen in öffentliche Institutionen wie die Armee, Spitäler, Einrichtungen des Justizvollzugs oder Asylunterkünfte einbeziehen. Dort liessen sich auch Aus- und Weiterbildungsvoraussetzungen vorgeben und durchsetzen, so der Bundesrat weiter. In der Armee wird dieser Ansatz bald umgesetzt. (sda)

## Chefredaktor Patrick Feuz tritt zurück

«Bund» Patrick Feuz, der Chefredaktor der Berner Tageszeitung «Bund», verlässt das Unternehmen. Er will eine neue berufliche Herausforderung annehmen.

Feuz wird das Medienunternehmen Tamedia, zu welchem der «Bund» gehört, nach fast 30 Jahren spätestens Ende Jahr 2021 verlassen, wie die Zeitung gestern mitteilte.

Der 54-jährige will sich nun seinen «schon länger gehegten» Wunsch erfüllen, beruflich noch einmal etwas Neues anzupacken, wie er in der Mitteilung zitiert wird. Das sei nun möglich, nachdem mit dem neuen Konzept für die Berichterstattung im Raum Bern sichergestellt sei, dass «Bund» und «Berner Zeitung» auch künftig Angebote mit eigenem Profil haben werden. Der Start der gemeinsamen Lokalredaktion ist für Oktober geplant.

Tamedia hatte Anfang April bekannt gegeben, die Redaktionen von «Berner Zeitung» und «Bund» zusammenzulegen. (sda)